



Energiewende und Sicherheit - JETZT!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Rückkehr zum rot-grünen Atomausstieg

Die schrecklichen Katastrophen in Japan haben uns in den letzten Tagen auch in Deutschland vor Augen geführt, dass Menschen Naturgewalten nicht grenzenlos beherrschen können. Die tragischen Vorgänge im Atomkraftwerk Fukushima 1 zeigen dar-

10) war die Mehrheit der Deutschen Umfragen zufolge gegen eine Verlängerung der Laufzeiten für Atommeiler. Vor allem die Angst vor Störfällen und Unfällen mit der Freisetzung von Radioaktivität treiben die Menschen um. Sie wissen, dass sie es mit einer Technik vor ihrer Haustür zu tun haben, die der Mensch nicht zu 100

Diejenigen, die argumentieren, dass solch eine Atom-Katastrophe bei deutschen Kraftwerken nicht denkbar sei, verkennen, dass die Radioaktivität nicht aufgrund von unmittelbaren Zerstörungen am Reaktor durch Erdbeben oder Tsunamis ausgetreten ist, sondern infolge des Ausfalls der (Not-) Stromversorgung. Dass der Ausfall der



Mahnwache am 14.03.2011 vor dem Kanzleramt: Gemeinsam mit der Anti-AKW-Bewegung und den anderen Oppositionsparteien demonstrieren Sigmar Gabriel und die SPD gegen längere Laufzeiten für deutsche Atommeiler.

über hinaus: Auch im 21. Jahrhundert kann ein sicherer Betrieb der Hochrisikotechnologie Kernkraft nicht vollumfänglich garantiert werden. Deshalb brauchen wir den Atomausstieg JETZT!

In Deutschland sind diese Erkenntnisse nicht neu: Bereits im September 2010 (siehe Spreebrief

Prozent beherrscht. Und das wissen wir spätestens seit dem Unglück von Tschernobyl im April 1986. Sicherheitsbedenken der Bevölkerung und der großen Anti-AKW-Bewegung wurden von Union und FDP bei dem Beschluss des Ausstiegs aus dem rot-grünen Atomausstieg aber einfach ignoriert!

(Not-) Stromversorgung nicht auch in Deutschland zum Beispiel durch einen terroristischen Anschlag herbeigeführt werden kann, kann niemand leugnen.

Das wirkliche Ziel des jetzt von Schwarz-Gelb eilig angekündigten Moratoriums – von der Regierung

WEITER AUF SEITE 2

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1: Energiewende und Sicherheit JETZT!

selbst als Denkpause bezeichnet – wird von den Bürgerinnen und Bürgern längst durchschaut. Angesichts der wichtigen Wahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg versuchen Union und FDP zu beschwichtigen, das Wahlvolk mit der Aussicht auf eine „Beschleunigung“ auf dem Weg zu erneuerbaren Energien zu beruhigen und in Sicherheit zu wiegen.

Es ist doch aber so sicher wie das Amen in der Kirche: Merkel stand und steht zur Atomlobby. Wenn sie es ernst meinen würde, könnte sie

zum rot-grünen Atomkonsens zurückkehren. Das aber haben Union und FDP im Bundestag abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte am Donnerstag, den 17.03.2011 drei Forderungen zur namentlichen Abstimmung gestellt, keine fand bei Schwarz-Gelb eine Mehrheit:

1. Die Bundesregierung muss geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Isar I, Krümmel, Neckarwestheim I, Philippsburg I und Unterweser sofort unter Verfall der jeweiligen Reststrom-

mengen endgültig stillzulegen!

2. Die Bundesregierung muss unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Rücknahme der „Laufzeitverlängerung“ vorlegen und die 2010 getroffene Vereinbarung mit der Atomindustrie kündigen, um zum energiepolitischen Konsens zurückzukehren. Ziel soll es sein, auch die restlichen Atomkraftwerke noch in diesem Jahrzehnt stillzulegen.

3. Die Bundesregierung muss das Regelwerk des Jahres 2009 sofort in Kraft setzen. *Manfred Nink MdB*

100 Jahre Welt-Frauentag - Und noch viel zu tun!

SPD fordert mehr als nur eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände

Sein 100. Jubiläum konnte der Internationale Frauentag am 8. März diesen Jahres feiern. All über- all war gleichzeitig zu hören, dass zwar in diesen 100 Jahren bereits viel erreicht worden sei, es aber noch viel zu tun gäbe. Aber was ist mit diesem abstrakten „viel“ eigentlich gemeint - neben der heiß diskutierten Quote für Aufstände und Aufsichtsräte von Unternehmen? Die SPD-Fraktion hat genauere Vorstellungen als Union und FDP.

Obwohl Frauen heute häufig bessere Bildungsabschlüsse machen als Männer, sind sie im Erwerbsleben vielfachen Benachteiligungen ausgesetzt. Sie sind überhaupt in geringerem Maße erwerbstätig, sind überproportional oft im Niedriglohnsektor beschäftigt und bekleiden viel seltener Führungspositionen.

Wir brauchen deshalb unter anderem ein Gesetz zur Herstellung von Lohngleichheit. Frauen verdie-

nen im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen bei gleichwertiger Arbeit und Qualifikation. Das ist ungerecht. Lohnstrukturen müssen transparenter gemacht werden, deshalb müssen Betriebs- und Personalräte gestärkt werden.

Ordentlich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeit muss gestärkt, der Niedriglohnsektor muss wieder zurückgedrängt werden. Etwa ein Drittel der erwerbstätigen Frauen bekommt nur einen Niedriglohn. Ein erster wichtiger Schritt zur Bekämpfung dieses Problems wäre die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

Teilzeitarbeit muss aufgewertet werden. Fast doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten in Mini-Jobs oder in Teilzeit. Bei Vollzeit und Teilzeit muss es gleiche Löhne, gleiche Qualifizierungsmöglichkeiten und gleiche Aufstiegschancen geben.

Ferner bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter ein Thema und betrifft eben nicht ausschließlich Frauen, sondern auch verantwortungsbewusste Familienväter. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung im vorschulischen und im schulischen Bereich ist deshalb ein vordringliches Ziel sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik.

Natürlich spielt auch die Quote eine Rolle. Eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen fordert die SPD-Fraktion. Und weil freiwillige Vereinbarungen seit einem Jahrzehnt nicht fruchten, bedarf es jetzt gesetzlicher Regelungen und nicht erst in 100 Jahren.

Der SPD-Antrag „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ ist im Informationssystem des Bundestages (<http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt> unter der Drucksachennummer 17/4683 zum Download verfügbar.

Zu Gast in Guatemala und El Salvador

Parlamentariergruppe wirbt für Menschenrechte und besucht deutsche Schulen

Eine fünfköpfige Delegation der Parlamentariergruppe Mittelamerika des Deutschen Bundestages hat mit politischen Vertretern und Nichtregierungsorganisationen in El Salvador und Guatemala Erfahrungen ausgetauscht. Die Abgeordneten waren vom 12. Februar bis 19. Februar 2011 vor Ort.

Die Abgeordneten führten Gespräche mit dem Staatspräsident und dem Parlamentspräsidenten Guatemalas, dem Parlamentspräsidenten von San Salvador, verschie-

denen Ministern und den Fraktionsführungen der Parteien beider Länder unter anderem zur Sicherheitslage, zur Umweltpolitik und zur Katastrophenvorsorge.

Neben diesen Terminen mit offiziellen Vertretern der beiden Staaten nutzen die deutschen Politikerinnen und Politiker die Gelegenheit, um mit Menschenrechtsgruppen ins Gespräch zu kommen und öffentliche Schulen zu besuchen, um einen Eindruck vom Alltag der Bevölkerung zu bekommen.

Ein Besuch der Deutschen Schule San Salvador und die Begegnung mit den Schülerinnen und Schülern der diesjährigen Abschlussklasse sowie ein Treffen mit Vertretern der Deutsch-Salvadorianischen Industrie- und Handelskammer rundeten die Reise ab. Im Austausch mit deutschen Unternehmern vor Ort konnte ich interessante Hintergrundinformationen für meine politische Arbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie in Erfahrung bringen.

Manfred Nink MdB



Treffen der Parlamentariergruppe mit dem Präsidenten der Asamblea Legislativa von El Salvador, Sigfrido Reyes Morales (FMLN), und Mitgliedern des Parlamentspräsidiums

Call for Papers: Perspektiven für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt

Für eine Tagung am 30. November 2011 sucht die Friedrich-Ebert-Stiftung Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die den Fragen (1) Was ist Wohlstand/gesellschaftlicher Fortschritt? (2) Was sind Quellen des Wachstums der Zukunft? (3) Wie werden aus Finanzinvestitionen (mehr) reale Investitionen? nachgehen wollen.

Gesucht sind Beiträge, die die Fragestellungen theoretisch beleuchten,

möglichst empirisch erfassen und praxisrelevante Lösungen aufzeigen. Die Beiträge werden von namhaften Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ausgewählt und auf der Veranstaltung kommentiert. Zudem werden die Beiträge in einem Sammelband veröffentlicht.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung erwartet die Zusendung aussagekräftiger Abstracts (max. 2.500 Zeichen inkl. Leerzeichen) bis zum 30. April

an: wiso@fes.de Die eingereichten Abstracts werden von einer Auswahlkommission begutachtet und pro Fragestellung acht Exemplare ausgewählt. Abgabetermin des anzufertigenden vollständigen Beitrags (ca. 37.500 Zeichen inkl. Leerzeichen) ist der 28. August 2011.

Weitere Informationen zum Projekt und zur Tagung sind im Internet unter www.fes.de/wiso zu finden.

4 | Aus Partei und Fraktion

Gespräche bei VW



Die SPD-Abgeordneten Manfred Nink und Achim Barchmann haben am 7. Februar 2011 mit Vertretern der Volkswagen AG in Wolfsburg über die Auswirkungen der EU-Pläne einer europaweiten Regulierung von Derivaten auf die Realwirtschaft diskutiert. Automobilhersteller wie VW zum Beispiel nutzen sogenannte Over-The-Counter-Derivate zur Risikoabsicherung beim Handel mit Zulieferern. Manfred Nink versprach, die Thematik in der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie zur Sprache zu bringen und mit VW in Kontakt zu bleiben.

Foto: Volkswagen AG

Nicht vergessen: Am 27. März mit beiden Stimmen SPD wählen !

Neue Homepage, neuer Spreebrief

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ihr habt es schon gemerkt: Der Spreebrief hat ein neues Outfit erhalten. Und das ist noch nicht alles: Unter www.manfred-nink.de wurde mein Online-Auftritt grundlegend überarbeitet. Ab sofort seht Ihr auf den ersten Blick, was es Neues in Berlin und im Wahlkreis gibt. Neben Pressemitteilungen sollt Ihr in Zukunft dort Veranstaltungsankündigungen, Terminhinweise, Berichte von Reisen und der Wahlkreisarbeit und vieles mehr finden.

Ein neues Redaktionssystem ermöglicht es mir, Euch den Spreebrief in Zukunft als Teil meines Newsletterangebots im Abonnement per E-Mail zukommen zu las-

sen. Ich freue mich, wenn Ihr rege davon Gebrauch macht und Ihr Euch unter www.manfred-nink.de/berlin/spreebrief registriert. Ihr könnt das Abo selbstverständlich jederzeit wieder kündigen und findet den Spreebrief auch wie gewohnt zum Download auf der Homepage.

Zum Start gibt es ein Gewinnspiel, das Ihr auf der Startseite findet und bei dem ich Euch zur Teilnahme einlade. Außerdem bin ich sehr an Eurem Feedback interessiert. Lob, Kritik und Anregungen nehme ich gerne auf. Über Eure E-Mail-Zusendungen freue ich mich.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

31. Januar bis 6. Februar

Besuch der Firma Arens im Industriepark Föhren zusammen mit der Landtagskandidatin Ingeborg Sahler-Fesel MdL, Vorstandssitzung des Fördervereins Seniorenbetreuung in der VG Schweich, Empfang anlässlich des 50. Geburtstages von Malu Dreyer

7. Februar bis 11. Februar

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Firmenbesuch bei VW in Wolfsburg mit Gespräch zu OTC-Derivaten, CRIS-Ausschuss, Veranstaltung der SPD-AG Wirtschaft zum Thema Leitmarkt Breitband

12. Februar bis 19. Februar

Delegationsreise nach Guatemala und San Salvador

21. Februar bis 27. Februar

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Fachgespräch zur Refinanzierungskrise der EU, Besuch von Klassen der Theodor-Heuss-Hauptschule Trier und des Gymnasiums Hermeskeil, Treffen mit Präsidium Landesverband Rhein, Mosel, Lahn im Bund Deutscher Karneval, Gespräch des Wirtschaftsausschusses mit Bundespräsident Wulff im Schloss Bellevue, Besuch der KG Heuschreck

28. Februar bis 3. März

Gespräche mit der SPD-AG Wirtschaft in Brüssel zu europ. Themen, Sitzung der SPD AG in der VG Schweich, Praxistage in den Seniorenheimen Trier, Härenwies und St. Josef in Schweich, Wahlveranstaltung mit StMin Doris Ahnen in Föhren, Sitzung des Verwaltungsrates der Sparkasse

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de